

aktuell 4/8/62

In Polen unvergessen: Die Blutschuld der Sowjetrussen im Wald von Katyn



Im April 1943 gab das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda diese Planskizze des Katyn-Gebiets heraus.

# Massenmord ohne Sühne

Am 23. August jährt sich zum dreißundzwanzigsten Male der Tag, an dem in Moskau der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet wurde. Das berühmte geheime Zusatzprotokoll enthielt die Grundlage für die

Ausrottung des polnischen Volkes. Die ungesühnte Blutschuld, die der Kreml durch die Ermordung von 10 000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn auf sich lud, belastet bis heute das sowjetisch-polnische Verhältnis.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß legten die Sowjets ihre Anklage gegen die Deutschen, die sie des Mordes an den 10 000 polnischen Offizieren beschuldigten, sang- und klanglos zu den Akten. Der amerikanische Katyn-Ausschuß, der am 12. Februar 1953 seine Arbeit beendete, kam in seinem 2362 Seiten umfassenden Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis, daß die Verantwortung für den Massenmord von Katyn allein die Sowjetunion trägt; auch dieser Bericht wurde zu den Akten gelegt. Nicht zu den Akten gelegt ist dagegen der „Fall Katyn“.

Es ist das historische Verdienst der deutschen Verteidiger vor dem Nürnberger Tribunal, daß sie die Anklage der Sowjets gegen Deutschland entkräfteten und auf diese Weise ein Fundament für eine mögliche deutsch-polnische Annäherung und Aussöhnung schufen. Wir erinnern uns dieser Tatsache gerade jetzt besonders eindringlich, da sich die Stimmen mehrten, die eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen proklamieren, wozu letzten Endes auch die bevorstehende Reise des Berliner Bischofs Bengsch zur Wallfahrt nach Tschernochow gehört, wo am 26. August das Fest der Schwarzen Muttergottes gefeiert wird. Es gibt keine deutsch-polnische Erbfeindschaft; dieser Begriff trifft viel eher auf die Beziehungen zwischen dem russischen und dem polnischen Volk zu, wobei der Ton auf dem Wort „Volk“ liegt und nicht auf den Regierungssystemen.

Der Beginn der Feindschaft zwischen Russen und Polen reicht Jahrhunderte zurück. Ströme von Blut füsilierten polnischer Freiheitskämpfer und der Brandgeruch eingäscherter Dörfer kennzeichnen den Weg, der von Moskau nach Warschau führt. Grenzenloser Haß, unmenschlicher Hohn und Vergeltungsdrang sind die immer wiederkehrenden Meilensteine in der Geschichte zwischen den beiden slawischen Nachbarvölkern.

Viermal innerhalb von nur 170 Jahren wird Polen zerstückt. Bei jeder Teilung ist Rußland dabei: 1772, 1793, 1795, 1939. Es verschlingt stets

die fettesten Brocken des polnischen Territoriums. Die vierte Teilung dauert jetzt schon 23 Jahre an. Sie wird am 23. August 1939 in Moskau unterzeichnet, neun Tage vor dem bewaffneten Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Im geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt heißt es wörtlich:

„Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.“

Daß die „Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates“ weder im Interesse Hitlers noch Stalins lag, beweisen die Ereignisse im September 1939...

## Chruschtschow leitet den Polenmord

Noch tobt die Schlacht um Warschau, als am 17. September Eliteeinheiten der Roten Armee die polnische Ostgrenze ohne eine vorherige Kriegserklärung überschreiten und innerhalb weniger Tage ein Gebiet von 200 000 Quadratkilometern okkupieren, das rund 50 Prozent des polnischen Staatsterritoriums. Den Rotarmisten auf dem Fuße folgen NKWDisten und Parteiagitatoren. Am 1. November des gleichen Jahres werden die geraubten Gebiete offiziell dem „älteren Bruder“ angeschlossen, nachdem in einer im sozialistischen Eiltempo forcierten und nach berühmtem Moskauer Vorbild ausgerichteten Einheitslisten-„Wahl“ am 22. Oktober 92 Prozent der Bevölkerung für die KP gestimmt haben.

Die Beantwortung der Frage, wie dieser „Wahlsieg“ eigentlich zustande kommen konnte, gibt gleichzeitig Aufklärung über jene unmenschlichen Vorgänge, die zwischen dem 17. September und 1. November 1939 in Ostpolen stattfanden. Diese kurze Zeitspanne umschließt das wohl blutigste Kapitel des polnischen Martyriums im 20. Jahrhundert. Ungleich brutaler als einst zu der Zaren Zeiten wütet der Terror in den ab-

getrennten polnischen Gebieten. NKWD regiert: Ihre Befehlszentrale befindet sich in Lemberg. Hauptaufgabe der roten Mord- und Verschleppungskommandos ist es, die Russifizierung und Bolschewisierung der geraubten Gebiete in aller kürzester Zeit zum Abschluß zu bringen — biologisch, ökonomisch, ideologisch.

NKWD und Partei gehorchen einem einzigen Mann — Nikita Chruschtschow! Er, der bewährte stalinistische Liquidationsmeister aus der Sowjet-Ukraine, leitet die „Wahlkampagne“, erteilt die Ausrottungs- oder Verschleppungsdirektiven, ordnet Hinrichtung oder Deportation an, spezifiziert die zum Untergang bestimmten „kapitalistisch-bourgeois“ Bevölkerungsteile.

Als dann 1941 der deutsch-sowjetische Krieg ausbricht und die ersten Schläge der siegesgewohnten Wehrmacht die bis dahin als unverwundbar deklarierte Rote Armee empfindlich treffen, als die westlichen, vor kurzem noch anektierten Gebiete der Sowjetunion von den Deutschen überrollt und besetzt werden, kommt es zu einer gewissen — taktischen — Annäherung Stalins an die bislang von ihm geächtete polnische Exil-Regierung in London. Diplomatische Beziehungen werden aufgenommen.

Am 30. Juli 1941 erläßt Stalin sogar eine Amnestie für alle in den russischen KZs festgehaltenen Polen. Von ihr werden nicht nur Zivilisten betroffen, sondern auch 200 000 ehemalige Armeeangehörige, die nach dem 17. September 1939 von der Roten Armee gefangengenommen wurden.

Die Polen haben ihre Freiheit keinem anderen als ihrem Exilführer, General Sikorski, zu verdanken. Doch für rund 270 000 polnische KZler von insgesamt 1,1 Millionen kommt die Sikorski-Amnestie zu spät. Sie liegen bereits in fremder russischer Erde: verhungert, erfroren, zu Tode gefoltert, „auf der Flucht erschossen“.

Im Zuge dieser Annäherung kommt es zur Bildung einer polnischen Befreiungsarmee auf sowjetischem Territorium. Während eben dieser Aufstellung gelangt die exilpolnische Regierung zu der recht merkwürdigen Feststellung, daß



## Massenmord ohne Sühne

Fortsetzung

von rund 8000 polnischen Offizieren — das ist genau ein Viertel des Offizierskorps vor 1939! — keinerlei Lebenszeichen mehr vorliegen. Sie sind wie vom Erdboden verschwunden!

Den Polen in London schwant nichts Gutes. Ihre Sorge ist um so begründeter, als man ganz genau weiß, daß die Offiziere seinerzeit von den Mannschaften getrennt und in Sonderlager des NKWD gebracht wurden. Auf Anweisung von Sikorski spricht am 6. Oktober 1941 der polnische Botschafter in London, Jan Kot, im Kreml vor. Sein Gesprächspartner ist der sowjetische

polnischen Bürgern auf sowjetischem Territorium gewährt wurde. Würden Sie damit einverstanden sein, darauf zu bestehen, daß Ihre edle Geste voll und ganz durchgeführt wird?"

Stalin: „Wollen Sie damit sagen, daß es noch Polen gibt, die nicht freigelassen worden sind?"

Kot: „Vom Lager Starobjelsk, das im Frühjahr 1940 aufgelöst wurde, haben wir bisher noch keinen einzigen Mann ausfindig machen können.“

(Von eben diesem bei Charkow in der Ostukraine gelegenen NKWD-Lager für polnische Offiziere behauptete jüngst die polnische Exilzeitung „Dziennik Polski“, daß es ebenfalls der Schauplatz einer blutigen Massenhinrichtung gewesen ist!)

Stalin: „Ich werde der Sache bestimmt nachgehen. Bei diesen Entlassungen jedoch geschehen oft die seltsamsten Dinge.“



Er vereitelte den sowjetischen Plan, den Deutschen den Massenmord zuzuschreiben: Dr. Otto Stahmer.

Außenminister Wyschinski. Kot kommt sofort auf den Kern der Dinge zu sprechen, indem er erklärt:

„... Insgesamt 9500 Offiziere gerieten in Polen in Kriegsgefangenschaft und wurden in verschiedene Teile Rußlands gebracht. — Gegenwärtig haben wir nur 2000 in unserer Armee. Was ist mit den übrigen 7500 geschehen?“

Der polnische Botschafter bekommt auf seine präzise Frage keine ebenso präzise Antwort. Wyschinski versucht sich herauszureden, beschwichtigend meint er:

„Herr Botschafter, vielleicht wollen Sie berücksichtigen, daß seit 1939 große Änderungen eingetreten sind. Menschen sind von Ort zu Ort gezogen. Viele sind entlassen worden, haben Arbeit gefunden, viele sind heimgekehrt...“

Doch der Pole läßt nicht locker:

„Wenn irgendeiner der Männer wirklich entlassen worden wäre, würde er sich sofort bei uns gemeldet haben. Diese Männer sind keine Kinder. Sie können nicht spurlos verschwinden. Wenn irgendwelche von ihnen gestorben sind, geben Sie uns bitte Bescheid!“

Das Gespräch verläuft ergebnislos.

In der Zwischenzeit erhält Jan Kot aus London die Order, bei Stalin direkt vorzusprechen. Kot schildert die historische Unterredung, die am 14. November 1941 stattfindet, folgendermaßen:

„Herr Präsident, ich darf wohl annehmen, daß Sie der Urheber der Amnestie sind, die den



Ein Sieg der deutschen Verteidigung: Robert Kempner vor dem amerikanischen Katyn-Ausschuß.

Kot: „Herr Präsident, trotzdem möchte ich Sie bitten, Befehle zu erlassen, daß die Offiziere, die wir für die Aufstellung der Armee benötigen, freigelassen werden. Wir haben stichhaltige Beweise darüber, wann sie von den Lagern weggebracht wurden.“

Stalin: „Haben Sie genaue Listen?“

Kot: „Alle Namen sind von den sowjetischen Lagerchefs, die täglich einen Appell sämtlicher Gefangenen abhielten, registriert worden. Außerdem hat das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten für jeden einzelnen gesonderte Untersuchungen durchgeführt. Kein einziger Offizier des Stabes der Armee, die General Anders in Polen befehligt hat, ist aufgefunden worden.“

### Fuchs Stalin in der Falle?

Kot glaubt endlich, den schlaun Fuchs in die Enge getrieben zu haben. Nun muß Stalin Rede und Antwort stehen. Tatsächlich greift der Kremlchef in Gegenwart des polnischen Botschafters zum Telefon. „Sind alle Polen freigelassen worden?“, fragt er in der NKWD-Zentrale an.

Zehn Minuten später kommt die Antwort. Kot kann sie nicht mithören. Stalin schweigt und redet von belanglosen Dingen.

Der Verlauf dieses Gesprächs alarmiert erneut die exilpolnische Regierung. Am 3. Dezember 1941 treffen die Generale Sikorski und Anders im Kreml ein, nachdem eine kurz vorange-

gangene Unterredung mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Kalinin ebenfalls keine Antwort auf die quälende Frage ergeben hat, wo die 8000 polnischen Offiziere verblieben sind.

„Ich habe eine Liste von etwa 4000 Offizieren bei mir, die man zwangsverschleppt hat und die sich augenblicklich in Gefängnissen oder Zwangsarbeitslagern befinden. Diese Liste ist nicht vollständig, weil sie nur solche Namen enthält, die man aus dem Gedächtnis zusammenstellen konnte“, erklärt Sikorski dem Diktator und fährt fort: „Ich habe eine Überprüfung in Polen angeordnet und festgestellt, daß sie nicht dort sind. Es hat den Anschein, daß niemand von ihnen dort ist, auch sind sie nicht in unseren Kriegsgefangenenlagern in Deutschland. Diese Männer sind hier, keiner von ihnen ist zurückgekehrt.“

Stalin leugnet. „Sie sind geflohen“, meint er. „Aber wohin können sie denn geflohen sein?“



Hauptankläger in Nürnberg, R. H. Jackson: „... gerechnet, daß die Sowjets an Katyn schuld sind.“

bohrt General Anders weiter und muß im stillen über die zynische Naivität des Diktators den Kopf schütteln. Als ob die schwerbewaffneten Elitesoldaten des NKWD jemals der Massenflicht von 8000 unbewaffneten polnischen Offizieren tatenlos zugesehen hätten!

Stalin ist abermals um eine Antwort nicht verlegen. Völlig ernsthaft entgegnet er: „Nun, beispielsweise nach Mandschukuo!“

Darauf General Sikorski: „Es ist unmöglich, daß sie alle fliehen konnten. Außerdem hörte jede Korrespondenz zwischen ihnen und ihren Familien von dem Zeitpunkt auf, von dem sie aus den Kriegsgefangenenlagern in Zwangsarbeitslager oder Gefängnisse transportiert wurden.“

Doch Stalin beharrt darauf, daß die fraglichen polnischen Offiziere alle freigelassen wurden. „Sie sind eben nur noch nicht bei Ihnen eingetroffen!“

Das mag wahr sein, wenn man unterstellt, daß den Offizieren tatsächlich die Flucht aus dem ukrainischen Lager gelungen war; denn der Weg von Charkow an die mandschurische Grenze ist weit, sehr weit... Doch noch weiter ist ein anderer Weg: der Weg vom Tod in das Leben zurück. Den kann kein Mensch schaffen, und deshalb treffen die vermißten 8000 polnischen Offiziere auch im Laufe des Jahres 1942 nicht in Polen ein.

Offizielle Unterredungen zwischen den Exilpolen und den Kremlherrschern finden nach



dem 3. Dezember 1941 nicht mehr statt. Dafür werden ein halbes Hundert Noten und Bittschriften im Laufe von zwei Jahren ausgetauscht. Aber das Ergebnis ist für die Polen niederschmetternd: In den schier grenzenlosen Weiten von Mütterchen Rußland bleiben 8000 polnische Offiziere unauffindbar...

Unauffindbar — genau bis zum 13. April 1943. An diesem Tag erschüttert eine Meldung aus dem NS-Propagandaministerium des Dr. Goebbels die ganze Welt. Was ihr vorausging, ist in wenigen Worten erzählt:

Teile des deutschen Nachrichtenregiments 537 sind ab Sommer 1942 im Raum zwischen der Bahnstation Katyn und Gnesdowo bei Smolensk stationiert. Regimentskommandeur ist Oberst Friedrich Ahrens. Im Januar 1943 macht er im Kiefernwald am Kosegory-Hügel eine merkwürdige Entdeckung: Er findet frische Fährten und Scharrstellen, die nur von einem Wolf herrüh-



Sikorski, Chef der polnischen Exilregierung in London: „Wo sind unsere Offiziere geblieben?“

ren können; er kennt Gerüchte, wonach hier, am Kosegory-Hügel, Erschießungen stattgefunden haben, und in den Gerüchten ist von einem Birkenkreuz die Rede, das über dem Massengrab stehen soll.

Am 14. Februar 1946 berichtet Oberst Ahrens im Zeugenstand des Nürnberger Tribunals:

„Im Winter 1943 sah ich zufällig in diesem Wald einen Wolf und glaubte zunächst nicht, daß es sich um einen Wolf handeln konnte... Ich ging dann aber den Spuren mit einem Fachmann nach und sah hier Scharrstellen an diesem Hügel mit dem Birkenkreuz... Ich habe feststellen lassen, was es für Knochen sind. Die Ärzte sagten mir: Menschenknochen. Ich habe daraufhin dem Kriegsgräberoffizier von der Tatsache Meldung gemacht.“

Die Meldung des Regimentschefs wird schnell bearbeitet. Wenig später trifft ein Sonderkommando russischer Arbeiter ein, die den Hügel freischaufeln müssen. Danach hat Goebbels das Wort... Seine Propagandamaschine beginnt auf Hochtouren zu laufen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erscheinen am 14. April 1943 mit der Schlagzeile: „GPU-Massenmord an Polen — 10 000 Offiziere im Frühjahr 1940 abgeschlachtet — Grauensvoller Gräberfund bei Smolensk.“

Dann folgt die Berliner Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros (dnb) vom 13. April:

„... In Gegenwart hoher Offiziere der deutschen Wehrmacht, zahlreicher Sachverständiger unter Leitung des Direktors des Instituts für



Marschall Josef Pilsudski rettete 1920 Polen vor dem roten Ansturm. Seine Nachfolger vermochten Polen nicht vor der vierten Teilung zu bewahren, die schließlich zum Massenmord von Katyn führte.



# Massenmord ohne Sühne

Fortsetzung

gerichtliche Medizin an der Universität Breslau, Professor Buhtz, und namhafter Vertreter der in Berlin akkreditierten ausländischen Presse wurden in mehreren Gruben von je 28 mal 16 m die in 12 und 9 Schichten meist gefesselten Leichen ehemaliger gefangener polnischer Offiziere gefunden und teilweise ausgegraben...

Die im Auftrag Stalins viehisch mißhandelten Gefangenen der ehemaligen polnischen Armee sind im Frühjahr 1940, also Monate vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges, an dieser Stätte durch Genickschuß ermordet worden. An Hand der bei den Leichen aufgefundenen, gut erhaltenen Papiere, Dokumente, Rangabzeichen und Legimitationen konnte bereits ein großer Teil der Ermordeten identifiziert werden. Als eine der ersten Leichen wurde der ehemalige Brigadegeneral Smorawinsky aus Lublin geborgen. Weiter wurden zahlreiche Angehörige des Traditionsregiments 'Pilsudski' festgestellt. Bezeichnenderweise wurden Schmuck und Uhren bei den Leichen nicht gefunden...

Die dnb-Nachricht schlägt wie eine Bombe ein. In Moskau, wo man sich sehr verletzt zeigt, muß man befürchten, daß der Ruf der Sowjetmacht, ein ehrlicher Mitstreiter der westlichen Demokratien im „Feldzug gegen Unmenschlichkeit und Barbarei“ zu sein, durch die Entdeckung dieser barbarischen Schandtaten empfindlich angeschlagen werden könnte. Das, was man bisher über die Nazis im Reiche Hitlers gehört hat, soll nun auch im Arbeiterparadies Stalins stattgefunden haben? Moskaus Reaktion läßt nicht lange auf sich warten. Am 16. April 1943 erklärt die Nachrichtenagentur TASS aller Welt:

„Die fraglichen polnischen Gefangenen waren in der Umgebung von Smolensk in besonderen Lagern untergebracht und beim Straßenbau beschäftigt. Da ihre Evakuierung zur Zeit des Herannahens der deutschen Truppen unmöglich war, fielen sie in deren Hände. Wenn sie nun also ermordet und aufgefunden worden sind, so hat das zu bedeuten, daß sie von den Deutschen ermordet wurden, die nunmehr aus provokatorischen Gründen behaupten, das Verbrechen sei von sowjetischen Stellen verübt worden.“

## Zwölf internationale Experten

Von den deutschen Behörden wird daraufhin Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti mit der Aufstellung einer internationalen Experten-Kommission beauftragt, die die Massengräber nebst Leichen genau untersuchen und — das Wichtigste — den Zeitpunkt der Ermordung feststellen soll.

Conti entledigt sich seiner Aufgabe sehr geschickt. Die internationale Ärztekommision, die vom 28. April bis zum 30. April 1943 bei Katyn weilte, besteht aus zwölf weltbekannten Experten der Gerichtsmedizin und Kriminalistik, deren Ruf und Können über jeden Tadel erhaben sind. Unter ihnen befindet sich nicht ein einziger Reichsdeutscher!

Am 30. April wird das Schlußprotokoll fertiggestellt und in die Welt gekabelt, abschließend heißt es darin: „Aus den aufgefundenen Briefschaften, Tagebüchern, Zeitungen usw. ergibt sich, daß die Erschießungen in den Monaten März und April 1940 stattgefunden haben. Hiermit stehen in völliger Übereinstimmung die im Protokoll geschilderten Befunde an den Massengräbern und den einzelnen Leichen der polnischen Offiziere.“

Unterzeichnet haben das Protokoll:

- \* der Belgier Dr. Speleers, ordentlicher Professor der Augenheilkunde an der Universität Gent;
- \* der Bulgare Dr. Markov, ordentlicher Professor und Dozent für gerichtliche Medizin und Kriminalistik an der Universität Sofia;
- \* der Däne Dr. Tramsen, Prorektor am Institut für gerichtliche Medizin in Kopenhagen;
- \* der Finne Dr. Saxen, ordentlicher Professor der Pathologischen Anatomie an der Universität Helsinki;
- \* der Italiener Dr. Palmieri, ordentlicher Professor der gerichtlichen Medizin und Kriminalistik an der Universität Neapel;
- \* der Kroat Dr. Miloslavich, ordentlicher Professor der gerichtlichen Medizin und Kriminalistik an der Universität Agram;
- \* der Niederländer Dr. de Burlet, ordentlicher Professor der Anatomie an der Universität Groningen;
- \* der Tscheche Dr. Hajek, ordentlicher Professor der gerichtlichen Medizin und Kriminalistik in Prag;
- \* der Rumäne Dr. Birkle, Gerichtsarzt des rumänischen Justizministeriums und erster Assistent am Institut für gerichtliche Medizin und Kriminalistik in Bukarest;
- \* der Schweizer Dr. Naville, ordentlicher Professor der gerichtlichen Medizin an der Universität Genf;
- \* der Slowake Dr. Subik, ordentlicher Professor der Pathologischen Anatomie an der Universität in Preßburg, Chef des Staatlichen Gesundheitswesens der Slowakei;
- \* der Ungar Dr. Orsos, ordentlicher Professor der gerichtlichen Medizin und Kriminalistik an der Universität Budapest.

## Sikorski fordert Untersuchung

General Sikorski allerdings hat das Schlußprotokoll gar nicht erst abgewartet. Für ihn stand bereits vorher fest, daß das Blutbad von Katyn von den Russen angerichtet wurde. Gleich nach der Bekanntgabe durch das deutsche Nachrichtenbüro fordert General Sikorski die Einsetzung einer Kommission des Roten Kreuzes zwecks genauer Untersuchung der Massengräber.

Stalin tobt. Am 26. April 1943 bricht Moskau die diplomatischen Beziehungen mit der Sikorski-Regierung ab und startet einen üblen Verleumdungsfeldzug gegen die Exilpolen in London. Gleichzeitig setzt die Verfolgung der auf sowjetischem Territorium befindlichen Polen von neuem ein.

Churchill und Roosevelt, die sich vom Schicksal der ermordeten polnischen Offiziere allem Anschein nach weniger gerührt zeigen als ihr Verbündeter Sikorski, üben auf diesen einen massiven Druck aus, so daß schließlich die Polen ihre Forderung auf Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission fallenlassen müssen. Darauf erklärt sich Moskau bereit, die abgebrochenen Beziehungen wiederaufzunehmen.

Als der Krieg in sein Endstadium tritt, wird die Schuldfrage am Massenmord bei Katyn erneut aufgerollt. Die Untersuchungen von polnischer Seite werden von Moskau torpediert, indem man sie ganz einfach verbietet oder die Untersuchungspersonen zum Schweigen bringt, wie beispielsweise den polnischen Staatsanwalt Dr. Roman Martini aus Krakau, dessen Ermittlungen ganz eindeutig die Schuld der Sowjetrussen beweisen; sogar der Name des Exekutionschefs aus der Smolensker NKWD-Zentrale kann ausfindig gemacht werden. Doch die mutig durchgeführte Ermittlungsarbeit des Staatsanwalts, zu einer Zeit, da bereits ganz Polen unter sowjetischer Herrschaft steht, kann nicht zu

dem von allen Polen ersehnten Ziel führen, nämlich der Anklageerhebung gegen Stalin: Dr. Martini wird ermordet.

Eine andere Untersuchung führen die Sowjetrussen selbst durch, und zwar bald nach der Rückeroberung von Smolensk. Das Untersuchungsmaterial bleibt bis zum 14. Februar 1946 in den Tresoren des MWD.

„Ich möchte mich jetzt mit den Grausamkeiten beschäftigen, die von den Hitleristen gegenüber den Angehörigen der polnischen Armee begangen wurden“, erklärt der stellvertretende sowjetische Hauptankläger im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß am 14. Febr. 1946, Oberst J. W. Pokrowsky, und fährt fort:

„Wir ersehen aus der Anklageschrift, daß eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen die Massenhinrichtung polnischer Kriegsgefangener war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutsch-faschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde... Die Massenerschießungen wurden von einer deutschen Militärbehörde ausgeführt, die sich unter dem Decknamen 'Stab des Baubataillons 537' verborgen hielt und an deren Spitze der Oberstleutnant Arnes und seine Mitarbeiter, Oberleutnant Rex und Leutnant Hott, standen. Die deutschen Besatzungsbehörden haben im Frühjahr 1943 aus anderen Orten die Leichen der von ihnen erschossenen kriegsgefangenen Polen herbeigeschafft und sie in die ausgehobenen Gräber des Waldes von Katyn gelegt, um die Spuren ihrer eigenen Bestialität zu verwischen und die Zahl der 'Opfer der bolschewistischen Brutalität' im Walde von Katyn zu vergrößern... Durch die Angaben der gerichtsmedizinischen (das heißt: der sowjetischen, d. R.) Sachverständigenkommission wird außerhalb jeden Zweifels festgestellt: Die Zeit der Erschießung, nämlich Herbst 1941.“

Satz für Satz der sowjetischen Anklage wird von den deutschen Verteidigern und ihren Zeugen zerplückt — ohne polemische Ausfälle, die man sich im ersten Nachkriegsjahr noch nicht gegen die große Siegermacht erlauben kann. Besonders verdient macht sich dabei Dr. Otto Stahmer aus Kiel, Verteidiger von Hermann Göring. Stahmers erster und wohl wichtigster Gegenbeweiszeuge ist eben jener Oberst Friedrich Ahrens (nicht Arnes, wie es in der sowjetischen Anklage gelaute hat), der im Winter 1942/43 als erster deutscher Offizier die Massengräber von Katyn entdeckte.

## Das Tagebuch des toten Offiziers

Auf die Frage von Dr. Stahmer, wie es im einzelnen zu der Freilegung der Massengräber gekommen sei, antwortet Friedrich Ahrens:

„Es kam eines Tages Professor Dr. Buhtz im Auftrage der Heeresgruppe zu mir und teilte mir mit, daß er in meinem Wäldchen Ausgrabungen vornehmen müsse. Ich erinnere mich an eine Art Tagebuch, das er mir später zeigte, wo Daten auf Daten folgten, mit einigen schriftlichen Bemerkungen, die ich nicht lesen konnte, weil sie polnisch geschrieben waren. Er erklärte mir dazu, daß diese Aufzeichnungen von einem polnischen Offizier gemacht seien über die vergangenen Monate, und daß zum Schluß — das Tagebuch endete mit dem Frühjahr 1940 — die Befürchtung in diesen Zeilen stand, daß ihnen etwas Schreckliches bevorstünde.“

Gleich darauf gelingt es Dr. Stahmer, eine äußerst wichtige Behauptung des sowjetischen Untersuchungsberichtes zu widerlegen, nämlich die, daß die Deutschen im Frühjahr 1943 Leichen erschossener Polen nach Katyn geschafft hätten.

„Ist Ihnen davon etwas bekannt?“ fragt der Anwalt den ehemaligen deutschen Regimentschef.

„Davon ist mir nichts bekannt...“



In diesem Augenblick schaltet sich der Verteidiger von Großadmiral Dönitz ein, Dr. Otto Kranzbühler: „Haben Sie selbst mit irgendwelchen Landeseinwohnern über die Beobachtungen des Jahres 1940 gesprochen?“

„Ja, ich hatte Anfang 1943 bei meinem Regimentsstab ein russisches Ehepaar wohnen... diese Leute haben mir gesagt, daß es im Frühjahr 1940 gewesen sei, und daß auf dem Bahnhof Gnesdowo in Eisenbahnwaggons über 200 uniformierte Polen angekommen seien und dann mit Lastkraftwagen in das Wäldchen geschafft worden wären. Sie hätten viel Schießereien und auch Schreie gehört.“

Die nächste Schlappe, die die Sowjets hinnehmen müssen, betrifft ihre in der Anklageschrift erhobene Behauptung, die Deutschen hätten die polnischen Offiziere mit Pistolenschüssen ins Genick liquidiert. Dazu erklärt der nächste Gegenzeuge, General Eugen Oberhäuser, ehemaliger Nachrichtenchef bei der Heeresgruppe Mitte:

„Das Regiment (gemeint ist das von Oberst Friedrich Ahrens, d. R.) war weniger gut ausgerüstet, als die eigentliche Kampfgruppe. Es wäre gar nicht in der Lage gewesen, so eine Massenexekution technisch durchzuführen.“

Aber eine kleine Anzahl williger sowjetischer Zeugen warte darauf, die Aussagen der deutschen Gegenzeugen zu entkräften oder sogar zu widerlegen. Der erste, der von den sowjetischen Ankläger nach vorn geschickt wird, ist ein gewisser Boris Basilewsky, Professor der Astronomie und seit 1919 in Smolensk wohnhaft. Smirnow schießt eine Frage nach der anderen ab, und Basilewsky leiert seine Antworten mit tränenreicher Stimme, aber sonst ohne zu stocken, herunter — wie bei einem vorzüglich einstudierten Theaterauftritt: Ihm habe ein gewisser Menschagin, während der deutschen Besatzung Bürgermeister von Smolensk, erzählt, daß die Deutschen die polnischen Kriegsgefangenen für die Vernichtung vorgesehen hätten.

Smirnow: „Hat Ihnen Menschagin erzählt, aus welchem Grund diese Exekution stattgefunden hat?“

„Ja, er sagte, daß es ein Teil des allgemeinen Systems in der Behandlung kriegsgefangener Polen sei.“

Doch Dr. Stahmer gelingt es, mit einer einzigen Frage die Aussagen von Boris Basilewsky entscheidend zu entkräften, er fragt:

„Können Sie die Namen irgendwelcher Personen angeben, die die Hinrichtungen mit angesehen haben?“

„Nein, einen Augenzeugen kann ich nicht nennen.“

### Dr. Markov fällt um

Der nächste Zeuge der sowjetischen Anklage ist kein geringerer als der Bulgare Dr. Markov, einer der zwölf medizinischen Sachverständigen, die auf Einladung von Reichsgesundheitsführer Conti 1943 bei den geöffneten Massengräbern weilte und dessen Unterschrift unter dem Schlußbericht vom 30. April 1943 steht. Was Markov jetzt in Nürnberg zu sagen hat, wirkt wie eine kleine Sensation:

„Meines Erachtens befanden sich die Leichname eine viel kürzere Zeit in der Erde als drei Jahre. Ich war der Meinung, daß der Leichnam, den ich obduzierte, nicht länger als ein bis einhalb Jahre vorher beerdigt worden war.“

Die sowjetischen Ankläger reiben sich die Hände. Endlich ein Mann, dem dieser verdammte deutsche Verteidiger nicht der Lüge wird bezichtigen können! Smirnow nimmt den Bulgaren ins Kreuzverhör. Der erfüllt auch stur seine Aufgabe. Seine Unterschrift unter das Schlußkommunique vom 30. April 1943 sei nur unter dem Druck der Gestapo zustande gekommen. Am Morgen des 1. Mai 1943 habe man die



Hunderttausende von polnischen Kriegsgefangenen traten nach Beendigung des „Feldzugs der 100 Tage“ den Marsch nach dem Osten (unser Bild) an, unter ihnen die 12 000 Offiziere des Lagers von Katyn.

internationale Gutachterkommission von Smolensk nach Bjela, einem hermetisch abgeriegelten deutschen Militärflugplatz, gebracht und dort von ihnen quasi die Unterzeichnung des Protokolls erpreßt.

Die Sowjets triumphieren zu früh. Nach Smirnow nimmt sich Dr. Stahmer den Bulgaren vor — und siegt! Ob die Angabe im Schlußprotokoll vom 30. April 1943, wonach die bei den Leichen vorgefundenen Dokumente, Tagebücher, Briefschaften und Zeitungen aus der Zeit vom Herbst 1939 bis April 1940 stammen, richtig seien, fragt er Dr. Markov. „Entspricht sie Ihren Feststellungen?“

„Solche Briefe und Zeitungen wurden uns gezeigt. Einige solcher Papiere wurden von den Kommissionsmitgliedern, die die Leichen obduzierten, gefunden.“

Der letzte Zeuge, den die Sowjets gegen die deutsche Verteidigung losschicken, vermag an der sich für Moskau abzeichnenden moralischen wie politischen Niederlage nichts mehr zu ändern. Er heißt Prosorowsky, lebt in Moskau und hat in der Eigenschaft als ordentlicher Professor der Gerichtsmedizin an der sowjetischen Untersuchung des Katyn-Falles teilgenommen.

„Haben Sie bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung der Leichen Patronen oder Patronenhülsen gefunden?“

„Die Todesursache der polnischen Offiziere war Genickschuß. Wir haben Kugeln gefunden und bei den Ausgrabungen tatsächlich Patronenhülsen deutscher Herkunft entdeckt, denn auf dem Boden dieser Hülsen war die Firma GECO eingraviert.“

Doch was besagt das? Deutsche Pistolenmunition ist seinerzeit in die ganze Welt geliefert worden, auch in die Sowjetunion — im Rahmen des Rapallo-Vertrages...

Die Sowjets messen der Aussage von Professor Prosorowsky praktisch so gut wie keine Bedeutung zu; sie legen sang- und klanglos den Fall Katyn zu den Akten. Im weiteren Verlauf des Nürnberger Prozesses wird er nicht ein einziges Mal mehr erwähnt.

Daß es den Mördern von Katyn nicht gelungen ist, die ungeheure Schuld von sich auf andere abzuwälzen, ist in erster Linie das Verdienst von Dr. Otto Stahmer. Die Bedeutung des

Sieges, den er damals errungen hat, reicht über den engen, zeitgebundenen Rahmen des Nürnberger Tribunals hinaus:

Das Verhältnis Deutschlands zu Polen wäre heute ungleich komplizierter und unlösbarer, wenn es damals den Sowjets in Nürnberg gelungen wäre, die Schuld an der Ermordung der polnischen Offiziere den Deutschen in die Schuhe zu schieben. Was auch immer zwischen uns und den Polen stehen mag, Katyn gehört nicht dazu. Katyn ist Moskaus Erbe. Dieser Dr. Otto Stahmer hat für die Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses mehr getan, als je ein Warschau-Pilger nach ihm...

„Wir haben Stahmer bewundert, daß er die Sowjets damals zwang, die Katyn-Anklage fallenzulassen; es war ein Sieg der Verteidigung“, sagte am 24. April 1952 Robert Kempner, einst Vertreter der amerikanischen Anklagebehörde, vor dem Sonderausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses in Frankfurt aus. Dieser Ausschuß unter der Leitung des Kongreßmannes Daniel C. Flood hatte die Aufgabe, durch sorgfältige Zeugenvernehmung endgültig die Frage zu klären, wer an dem Katyn-Massensold die Schuld trägt. Ähnlich lobend sprach sich auch Robert H. Jackson, der ehemalige amerikanische Hauptankläger, über die deutsche Verteidigung aus („Ich habe schon in Nürnberg mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Sowjets an Katyn schuld sind“).

Daß die Mörder entlarvt werden konnten, hat die deutsch-polnischen Beziehungen wesentlich entlastet. Gleichzeitig aber ist das polnisch-russische Verhältnis aufs schwerste belastet worden:

Solch ein Verbrechen kann man nicht durch Schweigen aus der Welt schaffen, auch wenn es den derzeitigen polnischen Kommunistenführern in den Plan passen sollte.

Noch ist Polen nicht verloren — und Katyn nicht vergessen. In den Augen der meisten Polen wird die Chruschtschowsche „Entstalinisierung“ lediglich eine propagandistische, von tagespolitischen Erwägungen diktierte Farce bleiben, solange sich der Kremlboß nicht entschließt, die Mörder von Katyn anzuklagen und sie ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Die moralische wie politische Begleichung dieser mit Blut geschriebenen Rechnung steht noch aus.





Demonstrierende Arbeiter vor dem Haus der Wiener Ärztekammer: Gewerkschaft, Sozialisten und Kommunisten vereinten sich, um gegen die Forderungen der Ärzte anzugehen, die seit dem 18. April 1962 mit den Krankenkassen einen erbitterten Kampf um bessere Bezahlung ihrer Leistungen ausfechten.



Die Demonstranten wollten ihn gehängt sehen: Dr. Daume (rechts), Präsident der Wiener Ärztekammer.

# Ärzte im Ausstand

Im Wiener „Ärztetkrieg“ demonstrierten Kommunisten gegen die schlecht honorierten Doktoren

**W**ährend am 9. Juli in der Wiener Weiburggasse vier Betriebsratsdelegationen aufkreuzten, um der Präsidenten der Ärztekammer mit Resolutionen einzudecken, forderten grimmige Sprechchöre vor den Fenstern des Hauses, daß man selbigen Präsidenten davonjagen und vor ein Gericht stellen, am besten jedoch gleich aufhängen solle.

Präsident Dr. Daume hatte offensichtlich ebenso wie seine Mitarbeiter nicht gleich begriffen, worum es sich handelte. Die wenig menschenfreundlichen Forderungen der Demonstranten wirkten dann doch aufklärend: „Ärzte, denkt an eure Pflicht, stellt den Daume vor Gericht!“ — „Schuld an diesem Jammer ist die Ärztekammer!“ — „Hängt den Daume, hängt den Daume!“

„Der Daume“ indes ließ den Vertretern solcher Forderungen klarmachen, daß der Inhalt ihrer Resolutionen in wichtigen Punkten gänzlich der Wahrheit ermangele. Die Radaumacher nämlich hatten darin behauptet, daß die Ärzteschaft jedwede Verhandlungen verweigere und die Absicht habe, die gesetzliche Krankenversicherung zu zerstören.

Der Wiener Ärzteschaft hatte es durchaus ferngelegen, die Krankenversicherung ruchlos zu „zerstören“. Die Ärzte drängten lediglich nach einer Reform. Bereits am 18. April hatten sie die Verträge mit der Wiener Gebietskrankenkasse gekündigt. Damit war ein „vertragsloser Zustand“ eingetreten. Die Ärzte, die bislang für einen Krankenschein pro Vierteljahr 45 Schilling Entgelt bekommen hatten, verlangten eine Ho-

norarerhöhung von durchschnittlich 65 Prozent. Des weiteren beanspruchten die Mediziner, obwohl sie auch weiterhin zu den freien Berufen gerechnet werden wollten, ein „Urlaubsgeld“ von der Krankenkasse. Das war, wie Wiener fanden, „doch ein bißchen stark“. Welche Berufsgruppe, so argumentierten empörte Beitragszahler, könne heutzutage schon für eine 65prozentige Gehaltserhöhung plädieren, zudem noch für Sonderzulagen ...

Die Gebietskrankenkasse rechnete aus, daß die Bewilligung dieser Forderung einen jährlichen Mehrkostenaufwand von 168 Millionen Schilling betragen würde. Sie fand, daß es kaum vertretbar sei, eine derart astronomische Summe „für die Verbesserung des Lebensstandards einer Berufsgruppe aufzuwenden, die nicht mehr als etwa 13 000 Menschen umfaßt“.

Die Berufsgruppe indessen war nicht dieser Meinung. So begann denn das muntere Treiben, das in Wien seither als „Ärztetkrieg“ in die Chronik einzugehen verspricht: 13 000 Ärzte jedenfalls „streikten“ — sie nahmen keine Krankenscheine mehr an. Die Ordinationen leerten sich, die Patienten schimpften. Und etwas Sonderbares trat ein: es gab auf einmal viel weniger Kranke als sonst.

„Der Krankenstand“, konnte die Arbeiterkammer bekanntgeben, „war lange nicht so niedrig wie jetzt.“ Krankheitsbedingte Betriebsausfälle sanken von vier auf zwei Prozent ab. Die Hypochonder, schien es, hatten sich anderweitig ihrer Gesundheitsschäden entledigt. Ein Notstand war nicht eingetreten.